



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates (Rat/XV/002/2006)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 13.12.2006

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:05 Uhr

Ort, Raum: Rathaus Altbau, großer Saal

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Wolfgang Kellner

bis einschl. TOP 18.3 n.ö.T.

Ratsmitglieder

Herr Günter Ammermann

Frau Margrit Bächle-Fiks

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Walter Düngemann

Herr Sönke Eden

Herr Paul Foest

Herr Hans Fricke

Herr Olav Fricke

Frau Annegret Hahn

Herr Hendrik A. W. Hamer

Herr Ludwig Harms

Herr Joachim Heemsoth

Herr Dr. Matthias Klasen

Frau Engeline Kramer

Frau Beatrix Kuhl

Herr Gerd Lübbers

Herr Wilhelm Mohr

Herr Gerald Nicolai

Frau Heike Nicolai

Herr Lutz van Ohlen

Herr Friedhelm Park

Herr Ernst-Gerold Rebels

Herr Michael Runden

Herr Bruno Schachner

Herr Dieter Schmidt

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

Frau Beate Stammwitz

Frau Christina Stoye-Grunau

Frau Heike van Loo-Hackenberg

Herr Wolfgang von Garrel

Herr Michael Weber

Frau Susanne Westermann

Herr Christian Winkler

Verwaltung

Herr Erich Buß

Herr Carl-Heinz Focken

Herr Dr. Thomas Helmke

Frau Birgit Hingst-Lübben

Herr Dietmar Stracke

Abwesend:

Ratsmitglieder

Herr Gerd Koch

Herr Jochen Kruse

Herr Hauke Sattler

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift des Rates vom 8. November 2006
(Rat/XV/001/2006)
- 3 Berufung von weiteren beratenden Mitgliedern in die Fachausschüsse
Vorlage: 8.100/XV/0059/2006
- 4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Leer - Antrag der Linken Alternative vom 16.11.2006
- VA 29.11.2006, TOP 9 -
Vorlage: 8.100/XV/0062/2006
- 5 Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe - Antrag der Linken Alternative vom 16.11.2006
- VA 29.11.2006, TOP 10 -
Vorlage: 3.50/XV/0063/2006
- 6 Befristete Berufung eines technischen Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
- PA 16.11.2006, TOP 2; VA 29.11.2006, TOP 4 -
Vorlage: 8.110/XV/0033/2006
- 7 Beschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Handelshafen/Nesse-Dock
Vorlage: 9.23/XV/0054/2006
- 8 Energieeinsparkonzept
Vorlage: 4.23/XV/0077/2006
- 9 Änderung der Benutzungsordnung für das Bürgerzentrum Ledatreff
- KJA 30.11.2006, TOP 3; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 3.51/XV/0049/2006
- 10 3. Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung der Kindergärten der Stadt Leer
- KJA 30.11.2006, TOP 4; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 3.51/XV/0050/2006
- 11 Entscheidung zur zentralen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung 2007
 - a) Gebührenkalkulation
 - b) Satzungsänderung- HFA 07.12.2006; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 8.201/XV/0065/2006

- 12 Entscheidung zu den dezentralen Grundstücksabwasseranlagen 2007
Gebührenkalkulation
- HFA 07.12.2006; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 8.20/XV/0067/2006
- 13 Entscheidung zur Straßenreinigung 2007
 - a) Gebührenkalkulation
 - b) Satzungsänderung- HFA 07.12.2006; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 8.201/XV/0066/2006
- 14 Verzeichnis der über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2006
Vorlage: 8.20/XV/0046/2006
- 15 Informationen
- 16 Anfragen
- 17 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten
- 18 Beschluss über die Empfehlungen des Verwaltungsausschusses im nicht öffentlichen Teil

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ratsvorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner führte sie aus, dass der Tagesordnungspunkt 10 abgesetzt werde, da die Behandlung dieser Angelegenheit im Kinder- und Jugendausschuss am 30. November 2006 vertagt worden sei.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift des Rates vom 8. November 2006 (Rat/XV/001/2006)

Beschluss (einstimmig):

Die Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Rates vom 8. November 2006 (Rat/XV/001/2006) wird genehmigt.

TOP 3 Berufung von weiteren beratenden Mitgliedern in die Fachausschüsse Vorlage: 8.100/XV/0059/2006

Frau Stammwitz erinnerte an die Behandlung in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29. November 2006.

Der Elternvertreter im Schul- und Kulturausschuss sei bis zur konstituierenden Ratsitzung am 8. November 2006 noch nicht benannt worden. Vorgeschlagen worden seitens Elternschaft seien Herr Joachim Plum, Mittelweg 55 c, 26789 Leer, als stimmberechtigtes beratendes Mitglied und Frau Andrea Ahrend, Möwenstraße 7, 26789 Leer, als dessen Stellvertreterin.

Beschluss (einstimmig):

Der Rat stimmt der Berufung von Herrn Joachim Plum als stimmberechtigtes beratendes Mitglied und Frau Andrea Ahrend als dessen Stellvertreterin im Schul- und Kulturausschuss zu.

TOP 4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Leer - Antrag der Linken Alternative vom 16.11.2006
- VA 29.11.2006, TOP 9 -
Vorlage: 8.100/XV/0062/2006

Die Vorsitzende nahm Bezug auf den Antrag der Linken Alternative vom 16.11.2006 und die Beratungen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29. November 2006. Die Linke Alternative habe den Antrag gestellt, im Rahmen einer Hauptsatzungsänderung die Verwaltungsausschusssitzungen künftig ratsoffen stattfinden zu lassen.

Herr von Garrel:

„Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Wenn ich das jetzt so richtig verstanden habe, dann ist es ja so, dass die Tendenz dahin geht, dass dieser Antrag nicht gerade auf Gegenliebe stößt. Aber offensichtlich geht es ja in der Art und Weise immer darum, dass vertrauliche Informationen aus dem Verwaltungsausschuss in die Öffentlichkeit geraten, aber das hat ja mit diesem Antrag im Prinzip nichts zu tun. Wenn das tatsächlich so sein sollte, dass der Antrag abgelehnt wird, muss ich feststellen, dass die furchtbare Transparenz im Verwaltungsausschuss mindestens so groß ist, wie das Misstrauen der Ausschussmitglieder gegenüber ihren eigenen Ratskollegen. Dann würde ich empfehlen, dass die Ratsmitglieder und die Fraktionsspitzen sich einen neuen Rat wählen. Danke schön!“

Herr Schachner:

„Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Das Thema Öffentlichkeit des Verwaltungsausschusses ist ja ein ständig präsent Thema. Es geht nicht um die Ratsöffentlichkeit des Verwaltungsausschusses, sondern um die Öffentlichkeit. Jeder hier weiß, dass Verwaltungsausschusssitzungen und Aufsichtsratssitzungen scheinbar bei uns öffentlich sind, wenn man die Zeitung aufschlägt. Denn es scheint doch so, dass es in jeder dieser geheimen, in dieser nicht öffentlichen Sitzung informelle Mitarbeiter der lokalen Presse gibt, die - ich weiß nicht, ob sie sich ein Zubrot als IM verdienen - aber doch zumindest Informationen weitergeben, mit welchem Hintergrund, da kann man nur spekulieren, wenn man den Artikel dann liest. Denn derjenige, der die Informationen weitergibt, kriegt als Gegenleistung dafür meistens Raum, um sich selber darzustellen. Raum, den andere nicht haben, die das ganze vertraulich benutzen.

Unabhängig davon, ob das wichtige oder unwichtige Themen sind, wenn sie denn in die Zeitung kommen, schaden sie der Stadt. Die letzte Diskussion über die Ausbaggerung des Hafens schadet der Stadt, nicht dem Ansehen, sondern ganz schlicht und einfach der Position in juristischen Auseinandersetzungen. Dann, wenn es um Fördergelder geht, und das in einer Situation, wo noch gar nichts klar ist, das wird natürlich auch in diesen Berichten klar. Obwohl noch gar fest steht, steht die Headline auf jeden Fall: Da sind kriminelle Machenschaften im Spiel, vielleicht oder wahrscheinlich, und man glaubt es ja auch ganz gerne. Also Verwaltungsausschusssitzungen sind zwar noch nicht ratsöffentlich, aber sie sind öffentlich, weil Mitglieder

des Verwaltungsausschusses oder sonstige Teilnehmer dieser Sitzungen sich nicht daran halten, was sie eigentlich zugesichert haben, dass sie nämlich zum einen Dinge vertraulich behandeln und zum anderen, dass sie auch nicht gegen die Interessen der Stadt verstoßen.

Ich denke, jedes Ratsmitglied hier, das nicht im VA ist, ist mindestens so vertrauenswürdig, wie Mitglieder, die jetzt schon im VA sind oder im Aufsichtsrat sind, denn rausgetragen wird das jetzt schon von in diesen Ausschüssen sitzenden Mitgliedern. Von daher denke ich, jeder, der nicht im VA sitzt, und sagt, ich kann meine Klappe halten, ich gehe dorthin, um mich zu informieren, um dann in der Diskussion anschließend in der Fraktion oder sonst die Interessen der Stadt zu vertreten, jeder, der sagt, ja, ich bin vertrauenswürdig, muss sagen, ich möchte auch an diesen Verwaltungsausschusssitzungen teilnehmen. Von daher plädieren wir auch dafür, diese Sitzungen ratsöffentlich zu machen und wir beantragen in diesem Punkt geheime Abstimmung.“

Herr Park:

„Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Ich meine, dass das nicht unwidersprochen so stehen bleiben kann. Der Verwaltungsausschuss tagt nicht öffentlich. Wir können jetzt nicht so tun, als ob das Ganze nicht mehr gilt und sagen, wenn etwas in der Zeitung gestanden hat, dann muss eben alles hier öffentlich gemacht werden. Im Gegenteil, man sollte das, was gesetzlich und satzungsmäßig vorgeschrieben ist, nicht nur beachten, sondern auch sehen, dass es durchgesetzt wird. Meiner Kenntnis nach ist in anderen Städten auch schon anders vorgegangen worden. Evtl. sollte man überlegen, ob man da nicht mal eine Strafanzeige erstattet.“

Herr H. D. Schmidt:

„Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen, meine Herren!

Es hat ja schon einen guten Grund, dass die VA-Sitzungen nicht öffentlich sind. Es werden dort tatsächlich oftmals Dinge behandelt, die zunächst nicht in die Öffentlichkeit gehören. Es ist ja so, dass alle Ratsmitglieder dann später mit den Protokollen informiert werden, aber es hat schon einen guten Sinn, dass die VA-Sitzungen nicht öffentlich sind. Das ist genauso sinnvoll, wie Geschwindigkeitsbeschränkungen innerhalb geschlossener Ortschaften bis 50 km/h. Da gibt es auch immer Idioten, die 70 km/h und 80 km/h fahren. Deswegen hebt man aber die Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht auf, sondern man sanktioniert diese Idioten.

Und, Herr Park, da gebe ich Ihnen recht, das Volk liebt den Verrat, aber nicht den Verräter. Wir, die das so praktizieren, wie es sich gehört, sollten gemeinsam versuchen, dagegen vorzugehen, und ich meine auch, dass es oftmals Dinge für die Staatsanwaltschaft sind, und wir sollten in Zukunft darauf achten und nicht die Regeln außer Kraft setzen, weil die, die die Regeln nicht akzeptieren, dann freien Lauf haben. Von daher werden wir gegen den Antrag der Linken Alternative stimmen und die Ratsöffentlichkeit ablehnen. Danke!“

Der Bürgermeister:

„Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Wir als Verwaltung plädieren auch dafür, dass der Verwaltungsausschuss nicht rats-

öffentlich tagt. Ein Verstoß gegen die Nichtöffentlichkeit, der Bruch von Vertraulichkeit ist eine Ordnungswidrigkeit bzw. kann auch einen Straftatbestand verwirklichen. Mein Vorgänger und auch wir haben ja schon Strafanzeige gestellt. Es ist natürlich schwierig, so etwas nachzuweisen. Es geht auch gar nicht um die Transparenz der Ratsarbeit, ich glaube, jeder bekommt genügend Informationen und auch Unterlagen ins Haus, es geht darum, dass wir auch den Bürger vor solchen Indiskretionen und Verrat schützen müssen. Denn wir haben Verhandlungspartner, wir haben Antragsteller, wir haben Personal, alle müssen geschützt werden vor Indiskretionen und das werden wir auch bei passender Gelegenheit, wenn es uns opportun erscheint, strafrechtlich bzw. durch ein Bußgeldverfahren verfolgen lassen. Ich denke, dass wir alle ahnen, wer diese Verräter sind, aber wir können es nicht beweisen, aber irgendwann werden wir es beweisen können.“

Herr von Garrel:

„Ja, ich will das nicht so im Raum stehen lassen. Also im Grunde genommen ist es doch so, dass jedes Ratsmitglied in Generalverdacht genommen wird und das kann ich nicht akzeptieren. Ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag und denke auch, dass es vernünftiger ist, geheim abzustimmen.“

Frau Stammwitz stellte sodann den Antrag von Herrn Schachner auf geheime Abstimmung zur Abstimmung.

Dieser wurde bei 6 Ja- zu 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss (31 Ja-, 5 Nein-Stimmen):

Der Antrag der Linken Alternative vom 16. November 2006 zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Leer wird abgelehnt.

**TOP 5 Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe - Antrag der Linken Alternative vom 16.11.2006
- VA 29.11.2006, TOP 10 -
Vorlage: 3.50/XV/0063/2006**

Die Vorsitzende verwies auf die Behandlung der Thematik in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29. November 2006.

Herr von Garrel:

„Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren!
Unser Antrag ist weder populistisch noch ist er Schaumschlägerei. Wir meinen es schon durchaus ernst, diesen Antrag zu stellen, weil wir der Ansicht sind, dass der betroffene Personenkreis sehr hohe Unterstützung in dieser Zeit gebrauchen kann. Dass diese Typisierung ausgerechnet oder gerade von rechts außen kommt, das

zeigt nur, wie richtig wir liegen. Nur zur Information derjenigen, die behaupten, Weihnachtsbeihilfen seien im Regelsatz des ALG II enthalten, in einer Presseerklärung der Bundesregierung zur Verabschiedung von Hartz IV am 19.12.2003 heißt es: Nicht in den Regelsatz mit einbezogen werden Leistungen für Miete, Heizung und wörtlich auch Weihnachtsbeihilfen, Kosten für mehrtägige Klassenfahrten usw. In der Tat war ich von den Zahlen der Stadtverwaltung wirklich erschrocken. Dabei schreckt hier nicht die Summe von 350.000 €, die dann ausgegeben werden müsste, sondern die Anzahl der Menschen, die hinter der Summe stecken. Nahezu 5.000 Menschen jeden Alters, das sind 14,5 % der Leeraner Bevölkerung, stecken hinter dieser Zahl, und sicherlich sind die meisten nicht selbst schuld an ihrer Situation, und das sind eigentlich die Zahlen, vor denen man erschrecken muss. Mindestens jeder oder jede Siebte, die über den Weihnachtsmarkt läuft, wird den Euro häufiger als einmal umdrehen müssen und über die Arbeitslosen nach ALG I haben wir überhaupt noch nicht geredet. Wir denken, dass Armut eine Funktion hat und Hartz IV ein Instrument dieser Funktion ist. Hartz IV sagt den Betroffenen: Ihr seid an eurer Situation selbst schuld. Armut sagt den noch nicht Betroffenen: Achtung, pass dich an, übe Lohnverzicht oder es geht dir wie den anderen. Aber Menschen zur Arbeit zwingen zu wollen, die es gar nicht gibt, kann nur einen Sinn haben, Begründungen zu konstruieren, um Leistungen verweigern zu können.

Wir sind zur Wahl u. a. angetreten mit der Aussage, Hartz IV in Kommunen die Zähne ziehen, und für uns sind das keine hohlen Phrasen, deshalb haben wir den Antrag gestellt. Rosa/Grün hat diese Katastrophen auf den Weg gebracht, Schwarz/Rosa setzt den Weg konsequent fort und der FDP geht das alles nicht weit genug, Klassenkampf von oben.

Millionen an Zuschüssen bei einer Fehlkalkulation bei der Hafenausbaggerung, 100-tausende EUR für Fußgängerbrücken und künstliche Wasserläufe, 40.000 EUR Abfindung für einen geschassten Geschäftsführer und da soll kein Geld für eine Weihnachtsbeihilfe dabei sein? Wem wollen Sie das weis machen? Meine Damen und Herren, und hier spreche ich besonders die Kolleginnen und Kollegen von der SPD an, Sie können sich hier im Stadtparlament nicht aus der Verantwortung stehlen und sagen, was die da in Berlin machen, finden wir auch nicht gut, wir in der Kommunalpolitik haben damit nichts zu tun. Alle hier im Rat vertretenen Parteien stehen hinter diesen Katastrophengesetzen außer der WASG und der Linkspartei. Wir wollen die bürgerlichen Parteien nicht aus ihrer Verantwortung für die betroffenen Bürger lassen, nicht im Grunde und ganz sicher nicht in den Kommunen, deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag.“

Frau Kramer:

„Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Die GRÜNEN werden diesen Antrag ablehnen, aber trotzdem möchten wir Stellung dazu nehmen. Zuerst möchte ich mich bei Herrn von Garrel bedanken, dass er dieses Thema angesprochen hat und Bewegung in diese Angelegenheit bringt. Denn ich bin sicher, wir können uns alle dieser Armutsdiskussion überhaupt nicht entziehen, wir alle hier im Rat, wir alle, die hier sitzen, sind verantwortlich für alle Bürger der Stadt Leer, und wir können nicht leichtfertig, so wie der Presse letzte Woche zu entnehmen war, sagen, das ist Sache des Bundes und das hat der Bund mal so beschlossen und es gibt eben Hartz IV-Empfänger oder die anderen, das geht uns nichts an, es geht uns alle an. Ich denke, unsere Gesellschaft hat in den letzten Jah-

ren dazu beigetragen, dass bestimmte Menschen in verschiedene Kästen eingeteilt wurden. Es gibt Hartz IV-Empfänger, es gibt SGB II-Empfänger, es gibt bildungsnahe und bildungsferne Bürger, es gibt alleinerziehende Mütter mit Kindern und man kann noch eine ganze Gruppe aufzählen. Wir haben jetzt nur noch Gruppen, und Menschen gibt es irgendwo gar nicht mehr. Zu diesen Aufzählungen gehören aber fast ausschließlich Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen und die aus verschiedenen Gründen Hilfeempfänger geworden sind. Über Schuld oder Nichtschuld brauchen wir hier heute nicht zu diskutieren. Die Bezeichnung Hartz IV ist eigentlich ein Witz geworden, der Erfinder hat eigentlich kein Denkmal verdient, er hat sich ja selber ganz gut bedient.

Hartz IV hat ganz fatale Folgen für die Betroffenen. Früher kümmerte sich der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes automatisch um Sozialhilfeempfänger. Durch diese Reform ist dieses jetzt weggefallen. Wesentliche Ursache für das Entstehen einer sogenannten Unterschicht ist der Anstieg der Dauerarbeitslosigkeit und der soziale Abstieg etlicher Menschen durch die Einführung der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Wir hier in Leer sprechen von 14,5 % Menschen, die wirklich in Armut leben oder mit sehr wenig Geld auskommen müssen. In Deutschland sind es mindestens 5 Mio. Leidtragende, davon sind 2 ½ Mio. Kinder, und diese Kinder haben kaum eine Chance, da rauszukommen. Armut ist ein Risikofaktor, und 99 % der Verwahrlosungsfälle werden in armen Familien registriert. Wir werden dann wach, wenn wir dann mal bestimmte Namen hören. Der Fall Kevin, der wird dann irgendwo erwähnt, über die Hintergründe wird dann so allmählich informiert, wir nehmen das wahr und wollen dann alle etwas tun, aber es gibt nicht ein Kind, es gibt mindestens 2 ½ Mio. Kinder, die betroffen sind und die in Not leben.

In 11 Tagen ist Weihnachten, und ich bin der Meinung, es nützt überhaupt nichts, wenn wir den Familien jetzt zu Weihnachten Geld geben und damit dann uns der Verantwortung entziehen oder dann denken, wir haben jetzt zu Weihnachten etwas getan. Weihnachten gibt es nur drei Tage, aber es gibt insgesamt 365 Tage im Jahr. Und an diesen 365 Tagen sollen Kinder und Ärmere auch am Leben teilnehmen dürfen, die Kinder sollen in den Kindergarten gehen oder auch nicht, sie sollen zur Schule gehen oder auch nicht, aber sie sollen alle gut versorgt werden, sie sollen alle eine Möglichkeit haben und mit ihren Freunden im Kindergarten und in der Schule mitreden können.

Es ist falsch, dass durch Hartz IV von den Hilfeempfängern selbst Rücklagen geschaffen werden müssen. Das ist ein großer Fehler gewesen, denn wer vom absoluten Minimum leben muss, der kann sich überhaupt nichts absparen, und ich denke, viele von uns hier im Ratssaal können sich das überhaupt gar nicht vorstellen, denn keiner von uns lebt vom absoluten Minimum. Ich habe in den vergangenen Wochen mit mehreren Leuten gesprochen, und jetzt werden manche sicher denken, das waren Ausländer, nein, das waren Deutsche. Es gibt Menschen bei uns in der Stadt, die ernähren sich zeitweise von Dosenfutter, weil sie kein Geld mehr haben, und das ist hier in Leer, nicht in Frankfurt oder Hamburg.

Es ist sicher falsch, wenn Sie jetzt behaupten, der Bund muss etwas tun, ich denke, die Kommunen müssen etwas tun und die Kommunen müssen einfach auch mit Land und Bund sprechen, um dieses Thema zu bewältigen. Wir müssen mehr für die Bildung tun, damit fängt es an. Wir brauchen mehr Ganztagschulen, wir brauchen Ganztagskindergärten und wir brauchen auch viel mehr Betreuungsangebote für Kinder auch unter drei Jahren und nicht nur für Berufstätige, sondern auch für Eltern, die zu Hause sitzen. Die Zeiten haben sich geändert und wir müssen uns dem stel-

len. Wir sind alle aufgerufen, Angebote zu schaffen. Angebote, die den Bildungs- und Gesundheitsbereich betreffen, und das gilt für alle Familien mit Kindern und auch für Ältere, denn es gibt auch bei uns eine große Altersarmut.

Ich denke, es reicht überhaupt nicht, wenn wir jetzt Weihnachtsfeiern veranstalten und uns dahin setzen und sagen, wie toll und nett wir sind. Es reicht überhaupt nicht, wenn wir Seniorenfahrten veranstalten und uns dahin setzen und sagen, wie toll wir sind, und es reicht überhaupt nicht, wenn wir Weihnachtstüten von Haus zu Haus bringen und sagen, was sind wir doch für gute Menschen, obwohl wir sie selber nicht bezahlt haben.

Wir müssen mit älteren Menschen auch etwas machen; es gibt viele Menschen, die es sehr schwer haben, die gar nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete zahlen sollen, wie sie Nebenkosten zahlen sollen und das alles 11 Tage vor Weihnachten.

Die GRÜNEN rufen dazu auf, Angebote zu schaffen. Wir möchten ein Konzept erarbeiten für den nächsten Sozialausschuss und da gehört der Antrag eigentlich auch hin. Wir möchten Angebote schaffen für Kinder aus armen Familien, wir möchten Sommerangebote schaffen in den Ferien, noch andere Angebote als das Jugendamt das schon macht, es muss erweiterte Angebote geben. Es kann Angebote geben, dass Kinder sich beim Internet überall mit einschalten können, denn gerade die Kinder aus diesem Bereich haben kein Internet zu Hause. Man kann auch darüber nachdenken, dass man Älteren vielleicht auch einige Taxigutscheine gibt, weil sie sich überhaupt sonst gar nicht von zu Hause wegbewegen können. Es gibt in vielen Städten andere Angebote, wo man Arbeitslosen, wo man Menschen in Armut helfen kann, Kindern, Familien und auch älteren. Ich rufe Sie dazu auf, wir sind gerne bereit, mit dem ganzen Rat ein Konzept zu erarbeiten, denn das geht uns alle an, nicht nur eine Partei.“

Herr H. D. Schmidt:

„Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen, meine Herren!

Frau Kramer hatte sich die Rede aufgeschrieben und, Frau Kramer, wenn Sie mir die nachher geben, unterschreibe ich diese. Alles, was sie gesagt haben, ist richtig. Wir halten auch den Antrag von Herrn von Garrel nicht für Populismus und schon gar nicht für Schaumschlägerei. Wir müssten Ihnen sogar dankbar sein, dass sie diesen Antrag gestellt haben. Wir haben auch nicht gesagt, dass wir es für populistisch halten, sondern wir haben gesagt, dass es ein Antrag ist, der unsere finanziellen Möglichkeiten sprengt. Wir können nicht das heilen, was in Bonn und Hannover verbockt wird. Auch wir sind nicht mit allem, was dort gemacht worden ist unter Rot/Grün und auch jetzt nicht mit allem einverstanden und wissen, dass es sehr viele soziale Ungerechtigkeiten gibt. Nur mit ihrem Antrag, glaube ich, heilen wir nicht viel. Frau Kramer hat auch schon ausgeführt, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten sehr viel tun, und gerade wir von der SPD haben in den letzten Jahren viele Dinge immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragen mit Erweiterung von Ganztagskindergärten bis Betreuung für Kinder unter drei Jahren, und natürlich beitragsfrei für die, die es nicht bezahlen können, das ist auch heute schon so. Wir tun auch sehr viel für Senioren, wir tun auch sehr viel für Jugendliche, die von zu Hause die Möglichkeiten nicht haben. Wir haben das Jugendzentrum, wir haben den Jugendtreff Moormerlandsiedlung, wir haben den Ledatreff, alles haben wir durchgebracht in den letzten Jahren. Wir haben jetzt auch dort wieder ein neues Konzept für die Weststadt, wo wir auch immer wieder drücken müssen. Wir wissen, dass das auch schon ein großer finanzi-

eller Akt ist, aber wir werden nicht nachlassen, diesen sozial Benachteiligten zu helfen. Wir helfen, indem wir die Sportvereine unterstützen. Sportvereine stellen Hunderte von Sozialarbeitern, von Jugendsozialarbeitern unserer Stadt, und die unterstützen wir. Ich meine, dass wir das, was im Rahmen unserer Möglichkeiten ist, tun. Das haben wir in der Vergangenheit getan und das wollen wir auch in Zukunft tun. Also, Herr von Garrel, wenn Sie solche Vorschläge haben, bringen Sie sie in die Fachausschüsse ein. Wenn Sie Ideen haben, wie wir diese sozialen Ungerechtigkeiten abmildern können, wir können sie sicherlich nicht beseitigen, dann haben Sie uns sicherlich auf Ihrer Seite, wenn wir auch nur annähernd eine Möglichkeit dazu sehen. Vielen Dank.“

Beschluss (35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme):

Der Antrag der Linken Alternative auf Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe auf freiwilliger Basis wird abgelehnt.

TOP 6 Befristete Berufung eines technischen Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
- PA 16.11.2006, TOP 2; VA 29.11.2006, TOP 4 -
Vorlage: 8.110/XV/0033/2006

Die Vorsitzende verwies auf die Behandlung in den Sitzungen des Personalausschusses am 16. November 2006 und des Verwaltungsausschusses am 29. November 2006.

Beschluss (einstimmig):

Herr Peters wird befristet für die Zeit vom 01.01.2007 bis zum 30.06.2007 zum technischen Prüfer im Rechnungsprüfungsamt der Stadt Leer berufen.

TOP 7 Beschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Handelshafen/Nesse-Dock
Vorlage: 9.23/XV/0054/2006

Frau Stammwitz verwies auf die Ausführungen in den Sitzungen Bau- und Sanierungsausschusses am 28. November 2006 und des Verwaltungsausschusses am 13. Dezember 2006 sowie auf den aushängenden Plan des zur Rede stehenden Gebietes.

Bürgermeister Kellner:

„Ich möchte nicht im Detail, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, darauf ein-

gehen, aber hier noch mal darauf hinweisen, dass hier der Rat eine zukunftsweisende Entscheidung trifft für ein drittes Sanierungsgebiet, und dieses dritte Sanierungsgebiet ist für die Entwicklung unserer Stadt immens wichtig. Was inhaltlich daraus folgen wird, das wird der Rat dann im nächsten Jahr festlegen durch einen Rahmenplan, aber mit diesem Schritt sichern wir die Zukunft unserer Stadt und auch die Vitalität. Es klang beim vorherigen Tagesordnungspunkt so ein bisschen an, dass man soziale Leistungen gegen Investitionen ausspielen möchte. Ich glaube, das Paradebeispiel für diese Entwicklung haben wir in der DDR gesehen, die dann irgendwann insolvent war. Das sollten wir nicht wiederholen. Wir müssen beides tun, wir müssen soziale Leistungen finanzieren können, aber wir müssen auch etwas tun, damit unsere Stadt, die Wirtschaft und auch die Bürger eine Stadt haben, die vital ist, die sich das leisten kann. Und ich glaube nicht, dass uns damit gedient ist, beides gegeneinander auszuspielen, deswegen bin ich auch sehr dankbar, dass der Rat insgesamt mit einer sehr großen Mehrheit diesem neuen Sanierungsgebiet zustimmt.“

Beschluss (einstimmig):

Die nachstehend aufgeführte Sanierungssatzung „Handelshafen / Nesse-Dock“ wird beschlossen.

„Sanierungssatzung

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 2006 (Nds. GVBl. S. 203) und § 142 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 5.9.2006 (BGBl. I S. 2098) hat der Rat der Stadt Leer in seiner Sitzung am 29.11.2006 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Festlegung des Sanierungsgebietes

Im nachfolgend näher beschriebenen Gebiet liegen städtebauliche Missstände im Sinne von § 136 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BauGB vor. Dieses Gebiet soll durch städtebauliche Sanierungsmaßnahmen wesentlich verbessert und umgestaltet werden. Das insgesamt rund 92 ha umfassende Gebiet wird hiermit als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt und erhält die Bezeichnung "Handelshafen / Nesse-Dock“.

Das Sanierungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb des in dem Lageplan im Maßstab 1:1.500 des Stadtgebietes Leer abgegrenzten Fläche. Der Lageplan ist Bestandteil der Satzung und als Anlage beigefügt.

§ 2 Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird unter Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB durchgeführt.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung wird gem. § 143 Abs. 1 Satz 4 BauGB mit ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Stadt Leer (Ostfriesland), den 13.12.2006

Der Bürgermeister“

Auf die Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB wird im Zusammenhang mit der Sanierungssatzung besonders hingewiesen.

Ferner wird beschlossen, dass im Rahmen der Sanierungsmaßnahme „Handelshafen / Nesse-Dock“ keine Gebühr für Erteilung der gem. §§ 144, 145 BauGB zu beantragenden sanierungsrechtlichen Genehmigung von den Betroffenen zu erheben ist.

**TOP 8 Energieeinsparkonzept
Vorlage: 4.23/XV/0077/2006**

Die Vorsitzende führte aus, dass die Fraktion der GRÜNEN im Rat der Stadt Leer mit Schreiben vom 15. November 2006 beantragt habe, den Punkt „Energiesparkonzept für die Stadt Leer“ in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Zum Inhalt verwies sie auf das den Ratsmitgliedern vorliegende Schreiben. Da das komplexe Thema eine umfassende Aufarbeitung erfordere, werde vorgeschlagen den Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Tiefbau und Verkehr zu verweisen.

Herr Schachner:

„Ja, wir haben beantragt, ein Energiesparkonzept zu verabschieden. Hauptpunkte waren, dass wir unsere städtischen Gebäude begutachten und alle Sanierungen und Renovierungen unter dem Aspekt der Energieeinsparung dann auch durchführen lassen wollen. Es ging darum, dass wir verstärkt Solarenergie nutzen, es ging auch darum, dass wir ein Stück weg vom Atomstrom kommen. Wir haben diesen Antrag für heute gestellt, weil wir dachten, da besteht Übereinkunft zwischen uns allen, zwischen allen Fraktionen und auf dieser Grundlage können wir dann in den Ausschusssitzungen darüber diskutieren, wie wir diesen Antrag, dieses doch sinnvolle, von allen getragene Ziel, nämlich Energie einzusparen, nicht nur im Interesse der Umwelt, sondern auch im Interesse unseres Geldbeutels, umsetzen. Dieses sollten wir dann in den Ausschusssitzungen diskutieren und möglichst kreativ, innovativ rangehen und Leer zu einer Stadt machen, in der Energieeinsparen im Mittelpunkt steht. Der Verwaltungsausschuss hat jetzt gesagt, wir verschieben das in den Umweltausschuss. Wir hielten das nicht für nötig, aber wenn dazu Übereinkunft besteht, dann schließen wir uns hier an und hoffen auf eine konstruktive Diskussion im Umweltausschuss.“

Beschluss (einstimmig):

Der Antrag der GRÜNEN-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Tiefbau und Verkehr verwiesen.

**TOP 9 Änderung der Benutzungsordnung für das Bürgerzentrum Ledatreff
- KJA 30.11.2006, TOP 3; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 3.51/XV/0049/2006**

Die Vorsitzende erinnerte an die Behandlung in den Sitzungen des Kinder- und Jugendausschusses am 30. November 2006 und des Verwaltungsausschusses am 13. Dezember 2006.

Beschluss (einstimmig):

Die Benutzungsordnung für das Bürgerzentrum Ledatreff in der Fassung vom 30.03.2006 wird wie folgt geändert:

„Artikel 1

§ 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Eine Nutzungsentschädigung wird grundsätzlich nicht erhoben. Vom Benutzer ist im konkreten Nutzungsfall eine Entschädigung für den Bewirtschaftungsaufwand zu zahlen. Die Entschädigung umfasst den Verbrauch von Gas, Strom, Wasser, Reinigungskosten, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Kosten für die Alarmanlage, Fernmeldegebühren, Verbrauchsmittel und sonstige Sachausgaben, Geschäftsbedarf und Baubetriebshofleistungen.

§ 6:

In Satz 2 wird der Begriff „Neuwert“ durch den Begriff „Zeitwert“ ersetzt.

§ 7 erhält folgende Fassung:

Die Stadt überlässt dem Veranstalter die Räume und deren Einrichtungen zur entgeltlichen/unentgeltlichen Benutzung in dem Zustand, in welchem diese sich befinden. Der Nutzer ist verpflichtet, die Räume und Einrichtungen vor Benutzung auf ihre ordnungsgemäße Beschaffenheit für den vorgesehenen Verwendungszweck zu prüfen. Er muss sicherstellen, dass schadhafte Anlagen, Räume und Einrichtungen nicht benutzt werden.

Für Personenschäden, welche dem Nutzer, seinen Bediensteten, Mitgliedern oder Beauftragten oder den Besuchern seiner Veranstaltung entstehen, haftet die Stadt sowie deren gesetzliche Vertreter oder Erfüllungsgehilfen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Für sonstige Schäden haftet die Stadt, deren gesetzliche Vertreter oder Erfüllungsgehilfen nur bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung.

Der Nutzer stellt die Stadt von etwaigen Haftungsansprüchen seiner Bediensteten, Mitglieder oder Beauftragten, der Besucher seiner Veranstaltung oder sonstiger Drit-

ter für Schäden frei, die im Zusammenhang mit der Benutzung der überlassenen Räume und Einrichtungen stehen.

Der Nutzer verzichtet für den Fall der eigenen Inanspruchnahme auf die Geltendmachung von Rückgriffsansprüchen gegen die Stadt sowie gegen deren gesetzliche Vertreter sowie Erfüllungsgehilfen. Dies gilt nicht für Personenschäden und im Fall sonstiger Schäden für vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführter Schäden. Von dieser Vereinbarung bleibt die Haftung der Stadt als Grundstücksbesitzerin gemäß § 836 BGB für den sicheren Bauzustand von Gebäuden unberührt.

Der Nutzer haftet für alle Schäden, die der Stadt an den überlassenen Räumen und Einrichtungen durch die Nutzung im Rahmen dieses Vertrages entstehen, soweit die Schädigung nicht in den Verantwortungsbereich der Stadt fällt. Die Stadt übernimmt keine Haftung für die vom Nutzer, seinen Mitarbeitern, Mitgliedern, Beauftragten oder von Besuchern seiner Veranstaltung eingebrachten Gegenständen, insbesondere Wertsachen, es sei denn, der Stadt fällt Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last.

§ 10:

Die Regelungen unter Spiegelstrich 3 und 4 zum Verschließen der Eingänge und der Innentüren, soweit erforderlich, werden gestrichen.

Artikel 2

Die Änderungen treten am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Leer in Kraft.“

TOP 10 3. Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung der Kindergärten der Stadt Leer
- KJA 30.11.2006, TOP 4; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 3.51/XV/0050/2006

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt, da der Kinder- und Jugendausschuss in seiner Sitzung am 30. November 2006 eine Vertagung der Angelegenheit beschlossen hat (vgl. TOP 1).

TOP 11 Entscheidung zur zentralen Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung 2007
a) Gebührenkalkulation
b) Satzungsänderung
- HFA 07.12.2006; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 8.201/XV/0065/2006

Die Vorsitzende verwies auf die Behandlung in den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses am 7. Dezember 2006 und des Verwaltungsausschusses am 13. Dezember 2006.

Beschluss (einstimmig):

a) Gebührenkalkulation

- 1.1 Der dem Rat vorgelegten Kalkulation der Abwasserbeseitigungsgebühren 2007, Stand 23.11.2006, wird zugestimmt.
- 1.2 Die Stadt Leer beabsichtigt, auch in Zukunft Gebühren für ihre zentralen öffentlichen Einrichtungen zur Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung zu erheben.
- 1.3 Die Stadt Leer wählt als Gebührenbemessungsmaßstab für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung den Frischwassermaßstab.
Für die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung wird die überbaute und befestigte Grundstücksfläche als Maßstab herangezogen.
- 1.4 Bei der Gebührenbemessung wurden die Kosten und Erlöse in einem Zeitraum von einem Jahr berücksichtigt. Somit liegen die betriebswirtschaftlichen Daten des Jahres 2007 zugrunde.
- 1.5 Zu den ansatzfähigen Kosten der Gebührenkalkulation gehören nach § 5 Abs. 2 Satz 4 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) auch die angemessene Verzinsung des Anlagekapitals und angemessene Abschreibungen. In der Gebührenkalkulation wurde deshalb die Verzinsung (gerechnet aus einem Mischzinssatz für Fremdkapital und Eigenkapital) in Höhe von **6,0 %**, auf der Grundlage der Restwertmethode, sowie Abschreibungen nach dem Wiederbeschaffungszeitwert (§ 5 Abs. 2 Satz 5 NKAG) für Kanäle in Höhe von -
betriebsgewöhnlich-1,5 % (soweit jeweilige besondere örtliche Verhältnisse es erfordern, ist auch ein abweichender Satz von 1 – 2 % möglich) berücksichtigt. Das Anlagevermögen des Klärwerks und der Sonderbauwerke, bzw. das restliche Anlagevermögen, wird mit den jeweiligen Prozentsätzen entsprechend den amtlichen AfA-Tabellen abgeschrieben.
- 1.6 Für die Entwässerung der öffentlichen Verkehrsflächen und gemeindeeigenen Grundstücke wurde ein angemessener, maßstabsbezogener Zuschlag auf die ermittelten Oberflächenwassermengen der Grundstücke errechnet und bei den laufenden Kosten berücksichtigt.
Der nicht gebührenfähige Kostenanteil für die Straßenentwässerung, welcher in den kalkulatorischen Kosten der **Regenwasserkanäle** enthalten ist, wird auf **50 %** festgelegt.
Der nicht gebührenfähige Kostenanteil für die Straßenentwässerung, welcher in den kalkulatorischen Kosten der **Mischwasserkanäle** enthalten ist, wird auf **31 %** festgelegt.
Der nicht gebührenfähige Kostenanteil für die Straßenentwässerung, welcher in den kalkulatorischen Kosten des **Klärwerks** enthalten ist, wird anhand der mengen- und schmutzfrachtorientierten Daten festgelegt.
- 1.7 Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtung "Abwasserbeseitigung", die vorstehend und in den beigefügten Anlagen dargestellt sind, wird zugestimmt.

1.8 Der vorgelegten Gebührenkalkulation für die Abwassergebühren 2007 wird insgesamt zugestimmt.

b) Satzungsänderung

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Leer (Ostfriesland) wird gemäß der Anlage zum Originalprotokoll erlassen.

**TOP 12 Entscheidung zu den dezentralen Grundstücksabwasseranlagen 2007
Gebührenkalkulation
- HFA 07.12.2006; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 8.20/XV/0067/2006**

Frau Stammwitz erinnerte an die Vorbereitung dieses Punktes durch den Haushalts- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 7. Dezember 2006 und durch den Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 13. Dezember 2006.

Beschluss (einstimmig):

Der dem Rat vorgelegten Kalkulation der Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstückabwasseranlagen -abflusslose Sammelgruben und Kleinkläranlagen- wird zugestimmt.

**TOP 13 Entscheidung zur Straßenreinigung 2007
a) Gebührenkalkulation
b) Satzungsänderung
- HFA 07.12.2006; VA 13.12.2006 -
Vorlage: 8.201/XV/0066/2006**

Die Vorsitzende verwies auf die Behandlung des Tagesordnungspunktes in den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses am 7. Dezember 2006 und des Verwaltungsausschusses am 13. Dezember 2006.

Beschluss (einstimmig):

a) Der dem Rat vorgelegten Gebührenkalkulation für die Straßenreinigungsgebühren 2007 wird zugestimmt.

b) D
i
e

**Satzung
zur
Änderung
des
Straßenbenennungs-
gebührens**

a
t
z
u
n
g

w
i
r
d

g
e
m
ä
ß

d
e
r
A
n
!
a
g
e

z
u
m

O
r
i
g
i
n
a
!
p
r
o
t
o
k
o
!
!

e
r
i
a
s
s
e
n
:

TOP 14 Verzeichnis der über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2006
Vorlage: 8.20/XV/0046/2006

Frau Stammwitz gab die in der Anlage zur Einladung des Verwaltungsausschusses vom 29. November 2006 aufgeführten bereits genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben bekannt.

Der Rat nahm zustimmend Kenntnis.

TOP 15 Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

TOP 16 Anfragen

Es lagen keine Anfragen vor.

TOP 17 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Von den anwesenden Besucherinnen und Besuchern wurde keine Einwohnerfragestunde gewünscht.

Um 17.49 Uhr schloss **die Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankte sich bei den Zuhörerinnen und Zuhörern für die Aufmerksamkeit und wünschte Ihnen ein frohes Weihnachtsfest.

**TOP 18 Beschluss über die Empfehlungen des Verwaltungsausschusses
im nicht öffentlichen Teil**

gez.

gez. Wolfgang Kellner

gez.

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in